

WAHL ZUM 17. LANDTAG DES SAARLANDES AM 27. MÄRZ 2022

Wahlprüfsteine GdP – Antworten CDU Saar

1. Welchen Stellenwert nimmt bei Ihnen die Innere Sicherheit ein?

Unser Land steht vor großen Herausforderungen bei der Gefahrenabwehr und der Durchsetzung von Recht und Ordnung. Zunehmende Verrohung, Radikalisierung und Extremismus, nicht zuletzt im Umfeld der Coronapandemie, aber auch neue Formen der Kriminalität erfordern entschlossenes Handeln bei der polizeilichen Arbeit – dies reicht von der Sicherheit im eigenen Zuhause über die Bekämpfung Organisierter Kriminalität und terroristischer Bedrohungen bis hin zur Verfolgung von Straftaten in den digitalen Medien.

Innere Sicherheit gehört seit jeher zur Kern-DNA der CDU Saar. Die Sicherheit aller Saarländerinnen und Saarländer genießt für uns oberste Priorität. Die CDU hat dafür in der Vergangenheit eine Vielzahl an Sicherheitspaketen durchgesetzt.

Sicherheit und gute Arbeitsbedingungen sind uns für unsere Beamtinnen und Beamten und die Tarifbeschäftigten besonders wichtig. Das zeigt sich in den Verbesserungen, die wir im Bereich Ausstattung herbeiführen konnten, beispielsweise durch gute Schutzrüstung und Schusswesten, nicht tödliche Verteidigungsinstrumente wie Taser, aber auch durch den nun möglichen Einsatz von Bodycams. Zudem konnten wir gemeinsam mit unserem Innenminister Klaus Bouillon und unserem Justizstaatssekretär Roland Theis durchsetzen, dass Verfahren wegen Gewalt gegen Polizeibeamte nicht mehr vorzeitig eingestellt werden.

Entgegen den Bestrebungen der Ampelregierungen hat die CDU auch dafür gesorgt, dass die gesetzlichen Grundlagen und Befugnisse ein professionelles Arbeiten auf Augenhöhe mit der Organisierten Kriminalität ermöglichen. Zu nennen sind hier insbesondere die mögliche Anwendung der Quellen-TK und Online-Durchsuchungen. Des Weiteren möchten wir als CDU Saar auch für die Zukunft an der Vorratsdatenspeicherung festhalten. Unser Ziel ist und bleibt nämlich eine modern ausgerüstete, schlagkräftige Polizei.

2. Wie attraktiv bewerten Sie den Polizeiberuf im Saarland?

Der Polizeiberuf ist nach wie vor ein sehr attraktives Berufsbild für junge Menschen. Gute, verlässliche Rahmenbedingungen –



Fotos: CDU Saar



Stichwort Beamtenverhältnis, sicherer Arbeitsplatz, sicheres Einkommen – werden das auch für die Zukunft sichern.

Gleichwohl steht das Berufsbild durch den gesellschaftspolitischen Wandel und neue Bedrohungsfelder vor einem Wandel. Wir werden als CDU Saar alles dafür tun, um unsere Beamtinnen und Beamten sowie unsere Tarifbeschäftigten bestens auf diesen Wandel vorzubereiten, sie zu schützen und das Berufsbild attraktiv und zeitgemäß fortzuentwickeln.

Zur Attraktivität des Polizeiberufs gehört für uns auch, trotz Wechselschichtdienst und nach wie vor hoher Belastung durch Zusatzdienste die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deshalb wollen wir den Umfang der Überstunden reduzieren und durch weitere Entlastung von Verwaltungsaufgaben für mehr Zufriedenheit bei den Beamtinnen und Beamten sorgen.

Wie bisher werden wir diese Zukunft auch an der Seite der Gewerkschaften gestalten. Wir schätzen diese bewährte Zusammenarbeit und werden diese gerne so fortführen.

3. Welche konkreten Planungen in diesem Zusammenhang haben Sie für die saarländische Polizei insbesondere im personellen Bereich?

Als CDU Saar werden wir den offensiven Kurs der CDU-geführten Landesregierung bei der Neueinstellung von Anwärtinnen und Anwärtern für den Polizeidienst entschieden fortsetzen. Hierzu streben wir an, jährlich 150 Neueinstellungen vorzunehmen. Durch die weitere Einstellung von rund 170 Tarifbeschäftigten sollen die Beamtinnen und Beamten von ihren bisherigen Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Dabei gilt es aus unserer Sicht auch, nicht bloß personelle Schwerpunkte im Wach- und Streifendienst bei den Polizeiinspektionen zu setzen, sondern auch das gesamte Personal im Bereich der Bekämpfung von Online-Kriminalität zu stärken.

Weil im Bereich digitaler Straftaten die Zunahme an Straftaten im Bereich der Kinder- und Jugendpornografie besonders besorgniserregend ist, wollen wir hier auch die personelle und technische Ausstattung unserer Fachdienststelle erhöhen. Für die seelisch sehr belastende Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll eine Erschwerniszulage gewährt werden.

4. Die kürzlich beschlossene Erhöhung der Polizeizulage hat nicht zur Verbesserung der Zufriedenheit geführt. Welche konkreten Verbesserungen im Bereich der Polizeizulage sind von Ihnen geplant? Wie stehen Sie zur Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage?

Unsere Polizistinnen und Polizisten verdienen volle Rückendeckung – auch durch eine wertschätzende Entlohnung. Als CDU Saar wollen wir daher, dass sich Besoldung, Zulagengewährung und Versorgungsleistungen im Polizeidienst im „Geleitzug“ mit anderen Bundesländern bewegen.

Wir werden daher auch die Polizeizulage im Saarland an den allgemeinen Länderdurchschnitt anpassen. Ein Gesetzgebungsverfahren wurde von unserem Innenminister Klaus Bouillon bereits in Gang gesetzt. Mit Blick auf die Wiedereinführung



der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage werden wir die weitere Entwicklung bei den anderen Ländern und die Diskussionen der Arbeitskreise in der Innenministerkonferenz eng im Blick behalten.

Zudem werden wir auch weitere Zulagen wie beispielsweise die KiPo-Zulage, die es bisher lediglich in zwei Ländern gibt, in den Blick nehmen. Aus unserer Sicht müssen da-

bei alle Zulagen betrachtet werden, um zu einem sinnvollen und für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten guten Ergebnis zu gelangen. Siehe hierzu auch Antwort zu Frage 3.

5. Wie sind Ihre konkreten Überlegungen im Hinblick auf eine Art Regelbeförderung?

Eine „Regelbeförderung“ bleibt weiterhin Ziel der CDU Saar. Wir werden daher im Rahmen der Haushaltsberatungen insbesondere die Beförderungsbudgets dahingehend anpassen, dass junge Kommissarinnen und Kommissare im Schnitt zwei Jahre schneller zu Oberkommissarinnen und Oberkommissaren befördert werden als bisher. ■

Wahlprüfsteine GdP – Antworten der SPD Saar

1. Welchen Stellenwert nimmt bei Ihnen die Innere Sicherheit ein?

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis der Menschen.

Deshalb muss Innere Sicherheit einen hohen Stellenwert genießen. Die Herausforderungen in der Inneren Sicherheit für die Bürger:innen und den Staat verändern sich ständig. Vor allem die rasant zunehmende Bedeutung des digitalen Raumes birgt neue Gefahren – sei es durch Betrug bei Online-Einkäufen oder schwerste Straftaten wie die Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen von Kindern. Die Politik und die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern müssen im Auftrag der Sicherheit der Bürger:innen mit diesen Entwicklungen Schritt halten. Unsere Aufgabe verstehen wir darin, mit Weitsicht die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen – vor allem für unsere Beamt:innen bei Polizei und dem Verfassungsschutz. Außerdem gehören für uns innere und soziale Sicherheit zusammen. Denn nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten. Deshalb betrachten wir Sicherheit in einem größeren Zusammenhang.

2. Wie attraktiv bewerten Sie den Polizeiberuf im Saarland?

Polizist:innen stehen Tag und Nacht für die Sicherheit der Bürger:innen bereit. Sie sichern die öffentliche Ordnung, greifen in Gefahrenlagen ein und riskieren dabei häufig ihre Gesundheit. Das Vertrauen der Bevölkerung in unsere Sicherheitsbehörden ist groß und soll auch so bleiben. Der Polizeiberuf ist grundsätzlich sehr attraktiv, weil die Aufgaben und Einsatzgebiete sehr vielseitig sind. Wer gerne mit Menschen kommuniziert und gut vermitteln kann, findet

ebenso einen Platz wie Personen, die eine Leidenschaft für Technik oder akribisches Nachforschen im Detail haben. Wir schließen aber nicht die Augen davor, dass die wissenschaftlich begleitete Mitgliederbefragung der GdP im Saarland im Jahr 2020 Ergebnisse hervorgebracht hat, die uns alarmieren. Unzufriedenheit und Arbeitsbelastung sind im Vergleich zur Befragung von 2015 gestiegen. Negative gesellschaftliche Entwicklungen, wie steigende Aggressivität



Fotos: SPD Saar



und auch Gewalt gegenüber Einsatzkräften, verstärken auch in der Öffentlichkeit und bei potenziellen Anwärt:innen und Anwärtern das Bild, dass der Polizeiberuf anstrengend ist und einiges abverlangt.

3. Welche konkreten Planungen in diesem Zusammenhang haben Sie für die saarländische Polizei insbesondere im personellen Bereich?

Wir setzen uns weiterhin für eine bessere personelle Ausstattung der Polizei ein. Der Stellenabbau der vergangenen 21 Jahre muss weiterhin durch konsequent hohe Zahlen bei den Anwärter:innen kompensiert werden. Wir werden die Zahl der Anwärterinnen und Anwärter auf 150 erhöhen. Nur so können wir die Abgänge der geburtenstarken Jahrgänge stabilisieren und dann hin zu einem größeren Personalkörper gelangen. Polizist:innen verdienen mehr. Besoldung und Versorgung müssen verbessert werden. Wir wollen Interessent:innen mit mittlerem Bildungsabschluss die Erlangung der Fachhochschulreife in einem speziellen Bildungsgang ermöglichen und so den Zugang zur Polizei öffnen. Aus- und Fortbildungen werden wir so reformieren, dass bereits bei Anwärter:innen besondere Interessen und Kompetenzen zielgenau gefördert werden, z. B. in der IT-Sicherheit. Die Wiedereinführung des mittleren Dienstes lehnen wir weiterhin ab. Die Anforderungen an den Polizeiberuf verpflichten zur Einstellung der Beamt:innen in den gehobenen und höheren Dienst.

4. Die kürzlich beschlossene Erhöhung der Polizeizulage hat nicht zur Verbesserung der Zufriedenheit geführt. Welche konkreten Verbesserungen im Be-



reich der Polizeizulage sind von Ihnen geplant? Wie stehen sie zur Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage?

Die Polizeizulage muss weiter angehoben werden, um den besonderen Belastungen der Polizist:innen Rechnung zu tragen. Die kürzlich beschlossene Erhöhung ist für uns nur ein Zwischenschritt. Wir wollen für unsere Polizist:innen mit den Entwicklungen

in den anderen Bundesländern und bei der Bundespolizei Schritt halten. Die Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit gehört auf den Prüfstand. Beide Maßnahmen müssen sich im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landes vollziehen.

5. Wie sind Ihre konkreten Überlegungen im Hinblick auf eine Art Regelbeförderung?

Die Karriere- und Beförderungschancen, insbesondere im Bereich der unteren Besoldungsgruppen, wollen wir verbessern, um die Attraktivität des Polizeiberufs zu steigern und der Unzufriedenheit entgegenzuwirken. Endlose Warteschleifen müssen der Vergangenheit angehören. Eine leistungs- und berufsgerechte Beförderungsstruktur werden wir sicherstellen. ■

Wahlprüfsteine GdP – Antworten DIE LINKE. SAAR

1. Welchen Stellenwert nimmt bei Ihnen die Innere Sicherheit ein?

Die Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit nimmt für die Partei Die Linke im Saarland nach wie vor einen hohen Stellenwert ein. Die Polizei ist der Garant für die Innere Sicherheit und hat mit der Durchführung ihrer Kernaufgaben, wie der Gefahrenabwehr, der Kriminalitätsbekämpfung, der Prävention und der Verkehrssicherheit, jegliche Unterstützung seitens der Politik verdient. (Anmerkung: Wir verweisen u. a. auf unsere Pressemitteilung von November 2011. Wir lehnten die anstehende Polizeireform schon damals ab, da das Einsparen von 300 Stellen das falsche Signal war.) Auch im Tarifbereich gibt es besorgniserregende Entwicklungen, die zur Folge haben, dass Stellen einfach nicht mehr besetzt werden, was weiterhin zur Folge hat, dass diese dann mit Polizeivollzugskräften besetzt werden müssen.

2. Wie attraktiv bewerten Sie den Polizeiberuf im Saarland?

Dazu darf man positiv anmerken, dass der Polizeiberuf in der Attraktivität an einigen Stellen zugenommen hat. Das Landespolizeipräsidium ist als familienfreundlicher Arbeitgeber zertifiziert. Dies bedeutet, dass die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf einen hohen Stellenwert in der Polizei hat. In Stellenausschreibungen des LPP darf man lesen, dass Teilzeit und Telearbeit auch für Führungsfunktionsstellen möglich ist, was in der Folge einer positiven Gleichstellungspolitik Rechnung trägt. Aus unserer Sicht



DIE LINKE.
LANDESVERBAND SAAR

sind dies wichtige Elemente, auch in der Nachwuchsgewinnung. Junge Menschen schauen sehr wohl in die Zukunft einer Behörde und was sie ihnen bietet, bevor sie sich bewerben. Unattraktiv ist leider nach wie vor die Entwicklung für KommissarInnen, da sie zum Teil nach unserer Kenntnis, bis zu 15 Jahre und länger im Eingangsamts der A 9 verbleiben. Die von uns heftig kritisierte Polizeireform, hat zu einem Ausbluten im Personalbereich und zu einer Überlastung der Polizisten und Polizistinnen geführt.

3. Welche konkreten Planungen in diesem Zusammenhang haben Sie für die saarländische Polizei insbesondere im personellen Bereich?

Ein wichtiger Aspekt wäre die Öffnung von Stellenausschreibungen für den externen Bereich, damit interessierten Polizeivollzugskräften aus anderen Bundesländern die Möglichkeit gegeben wird, sich bewerben zu können – und umgekehrt.

Der Einstellungskorridor für Anwärt:innen muss in einer entsprechenden Größe weiterhin vorgehalten werden, damit die Fehler aus der letzten Polizeireform nicht weiterhin negative Früchte tragen.

Wir stehen zur zweigeteilten Laufbahn für unsere Polizei. Ein Zurück zum mittleren Dienst darf es nicht geben.

Im Tarifbereich müssen die Stellen attraktiver und an die heutigen Bedingungen einer modernen und digitalisierten Polizei angepasst werden. Mit der Aufwertung von Stellen in der Ermittlungsassistenten und der Anpassung von deren Aufgaben, könnten Polizeivollzugskräfte noch mehr entlastet werden. Diesbezüglich wären die Stellenprofile nach oben anzupassen. Generell sehen wir mit Sorge, dass das Bestandspersonal nur sehr geringe Möglichkeiten hat, eine Karriere für sich in Anspruch zu nehmen. Der Stellenplan für die Vollzugspolizei muss demnach reformiert werden.

4. Die kürzlich beschlossene Erhöhung der Polizeizulage hat nicht zur Verbesserung der Zufriedenheit geführt. Welche konkreten Verbesserungen im Bereich der Polizeizulage sind von Ihnen geplant? Wie stehen Sie zur Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage?

Die Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage sehen wir als Teil der



Attraktivität des Polizeiberufes. Sie ist somit wieder einzuführen. Die minimale Erhöhung der Polizeizulage der jüngsten Vergangenheit und dies nach 20 Jahren, in denen das CDU-geführte Innenministerium die Wertschätzung gegenüber der Polizei jedenfalls nicht ausgedrückt hat, ist nicht hinnehmbar.

Um wettbewerbsfähig zu sein, muss die Polizeizulage dringend an die Bedingungen anderer Länderpolizeien oder der Bundespolizei angepasst werden.

5. Wie sind Ihre konkreten Überlegungen im Hinblick auf eine Art Regelbeförderung?

Wir als Partei Die Linke nehmen besorgt Anteil daran, wie schlecht die Beförderungschancen für Polizeivollzugsbeamtinnen/-beamte im Saarland nach wie vor seitens des CDU-geführten Innenministeriums vorgehal-

ten werden. Eine Arbeitsgruppe, durch den Innenminister ins Leben gerufen, hat es nicht geschafft, hier Abhilfe zu schaffen und damit den Polizeiberuf attraktiver zu machen.

Die groß angelegte Aussage seitens des Innenministers ist somit im Sande verlaufen. Mit Besorgnis wird aber von uns auch wahrgenommen, dass keine Chancengleichheit in allen Ebenen, so wie es das Landesgleichstellungsgesetz für das Saarland vorsieht, vorherrscht. Durch viele Gespräche mit Betroffenen müssen wir feststellen, dass gerade Frauen wegen des Eintretens einer Schwangerschaft oder der Inanspruchnahme von Elternzeit nach wie vor massiv abgehängt sind.

Nach unserem Kenntnisstand dauert es mitunter 10 bis 15 Jahre und länger, bis eine Beförderung vom Eingangssamt der A 9 zur A 10 vollzogen wird. Dies betrachten wir

als einen unhaltbaren Zustand. Aus diesem Grund könnten z. B. auch Beförderungsrichtlinien helfen, die Beförderungsgerechtigkeit in der Polizei Saarland nach vorne zu bringen. Dazu bedarf es jedoch keiner Arbeitsgruppe ohne Ergebnisse, sondern aktiven Handelns seitens der Verantwortlichen. Uns ist bekannt, dass auch Führungsverantwortliche (z. B. Dienstgruppenleitungen) mit einem Dienstposten nach A 12 und A 13 mitunter sehr lange darauf warten, entsprechend ihres Dienstpostens befördert zu werden. Dieser Personenkreis ist ebenfalls in die Regelbeförderung miteinzubeziehen. Das alt hergebrachte und ungerechte System der alle drei Jahre stattfindenden Beurteilung ist zu evaluieren. Hier hängt alles mit allem zusammen, sodass verschiedene Maßnahmen verknüpft und zur besseren Zufriedenheit der Polizeibediensteten führen können. ■

Wahlprüfsteine GdP – Antworten BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN SAARLAND

1. Welchen Stellenwert nimmt bei Ihnen die Innere Sicherheit ein?

Innere Sicherheit nimmt für uns einen sehr hohen Stellenwert ein. Wir wollen Sicherheit in den Städten und auf dem Land gewährleisten. Wir setzen dafür nicht auf Gesetzgebungsaktionismus und eine steile Erweiterung der polizeilichen Befugnisse, sondern auf eine gute personelle und finanzielle Ausstattung unserer saarländischen Polizei. Bodycams und Kameras ersetzen keine Beamtinnen und Beamten. Deswegen wollen wir die Polizeipräsenz in der Fläche stärken und die Polizei für die Herausforderungen der Zukunft rüsten. Gleichzeitig müssen wir präventive Ansätze im sozialen Bereich stärken, um Kriminalitätsschwerpunkte nachhaltig zu bekämpfen. Sicherheit und Freiheit gehen aus unserer Sicht Hand in Hand und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

2. Wie attraktiv bewerten Sie den Polizeiberuf im Saarland?

Die Polizist*innen verdienen unsere Wertschätzung, genauso wie gute Arbeitsverhältnisse und leistungsfähige Strukturen innerhalb der Behörden.

Mit dem jahrelangen Personalabbau und



Foto: Grüne Saar

der Besoldungsschere (zu Bund/Ländern und anderen Behörden) die in den letzten Jahren immer größer wurde, wurde der Polizeiberuf immer unattraktiver. Das zeigt sich nicht zuletzt in den Bewerberzahlen, die sich binnen zehn Jahren fast halbiert haben. Diese Entwicklung müssen wir stoppen und den Polizeiberuf wieder attraktiver gestalten.

3. Welche konkreten Planungen in diesem Zusammenhang haben Sie für die saarländische Polizei insbesondere im personellen Bereich?

Wir wollen eine bessere finanzielle Ausstattung der Polizei und die deutliche Erhöhung des Personalkörpers. Eine Stärkung der Attraktivität des Polizeiberufs durch Anpassung des Zulagenwesens auf Bundesniveau und Einführung einer Regelbeförderung machen eine modern und digital ausgerüstete Saar-Polizei aus.

4. Die kürzlich beschlossene Erhöhung der Polizeizulage hat nicht zur Verbesserung der Zufriedenheit geführt. Welche konkreten Verbesserungen im Bereich der Polizeizulage sind von Ihnen geplant? Wie stehen sie zur Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage?





Polizist*innen setzen ihre Gesundheit und – wie uns unlängst vor Augen geführt wurde – ihr Leben für die Gesellschaft ein. Durch die Polizeizulage soll dem Rechnung getragen werden. Das ist nur der Fall, wenn die Zulage dynamisch der Inflation angepasst wird. Dass die verdienten Bezüge auch die Grundlage für die verdiente Pension sein müssen, ist für uns selbstverständlich.

5. Wie sind Ihre konkreten Überlegun-

gen im Hinblick auf eine Art Regelbeförderung?

Die aktuelle Spanne von 11 bis 12 Jahren bis zur ersten Beförderung eines Kommissars ist aus unserer Sicht untragbar. Unsere saarländische Polizei arbeitet nicht schlechter als die Polizist*innen im Bund und in anderen Ländern. Daher dürfen sie auch nicht nur halb so oft befördert werden. ■



Wahlprüfsteine GdP – Antworten FDP Saar

1. Welchen Stellenwert nimmt bei Ihnen die Innere Sicherheit ein?

Die Innere Sicherheit ist ein wichtiges Anliegen der Freien Demokraten. Sicherheit gehört zu den Grundaufgaben des Staates. Diese wollen wir auch im Einklang mit der Wahrung der Bürgerrechte garantieren.

2. Wie attraktiv bewerten Sie den Polizeiberuf im Saarland?

Leider leiden die Polizisten unter erheblicher Belastung infolge von Personalmangel und einem Aufwuchs an Aufgaben. Deshalb wollen wir die Beamten entlasten und leistungsgerecht besolden. So wollen wir den Beruf des Polizisten noch attraktiver machen und die Polizisten gebührend honorieren.

3. Welche konkreten Planungen in diesem Zusammenhang haben Sie für die saarländische Polizei insbesondere im personellen Bereich?

Wir Freie Demokraten fordern, die Polizei gut und modern auszustatten. Die Polizeireform im Saarland ist auf den Prüfstand zu stellen und gegebenenfalls neu auszurichten. Mit einer guten Ausstattung versehen wird die Polizei nachhaltig entlastet und sie kann sich auf ihre Hauptaufgaben konzentrieren. Unser Ziel ist eine Personalstärke von 3.000 Beamten sowie ein Ausbau der tariflichen Stellen, damit ungeplante Ausfälle auch in Zukunft kompensiert werden können. Die mittel- und langfristige Verbesserung der Personalsituation der saarländischen Polizei durch



Foto: FDP Saar



die Schaffung neuer Planstellen sowie durch zusätzliche Ermittlungsassistenzen reduzieren die Belastung der Beamten. Polizeiliche und kommunale Ordnungsdienste sowie die Einbindung privater Sicherheitsdienste stärken die Vollzugspolizei. Polizeiliche und kommunale Ordnungsdienste benötigen ein vereinfachtes

Auswahlverfahren, um ihnen mittel- bis langfristig den Weg in den Polizeivollzugsdienst zu ermöglichen. Die Einbindung privater Sicherheitsdienste stärkt die Vollzugspolizei. Eine dynamische Polizeizulage, die in den Altersbezügen Berücksichtigung findet, sowie leistungsgerechtere Besoldung und Beförderungen machen den Polizeiberuf im Saarland attraktiv. Das jetzige System muss überprüft und ggf. überarbeitet werden. Eine spezialisierte Ausbildung bei der Polizei, insbesondere für die Bekämpfung der Internet- und Wirtschaftskriminalität, ist geboten.

4. Die kürzlich beschlossene Erhöhung der Polizeizulage hat nicht zur Verbesserung der Zufriedenheit geführt. Welche konkreten Verbesserungen im Bereich der Polizeizulage sind von Ihnen geplant? Wie stehen Sie zur Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage?

Der Polizeidienst muss angemessen besoldet werden. Dazu gehört die Polizeizulage als besonderer Ausgleich für die Erschwerisse des Dienstes. Wir sind für die Einführung eines Ruhegehalts, das sich anhand der Grundbesoldung statt an den Zulagen bemisst.

5. Wie sind Ihre konkreten Überlegungen im Hinblick auf eine Art Regelbeförderung?

Im Landeshaushalt sollten möglichst ausreichend Mittel für Beförderungen vorhanden sein. ■



Foto: Junge Gruppe

13. Landesjugendkonferenz der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

Nach vier erfolgreichen Jahren der JUNGEN GRUPPE unter dem Vorsitz von Florian Irsch kam es am 20. Januar 2022 zur 13. ordentlichen Landesjugendkonferenz. Coronabedingt konnte die Veranstaltung nur mit einem kleinen Personenkreis unter Einhaltung der Hygienemaßnahmen im Bildungszentrum Kirel stattfinden. Die Delegierten wurden per Videoübertragung zugeschaltet.

Luisa Naumann wurde von den Delegierten als erste Frau in der Geschichte der saarländischen GdP zur neuen Landesjugendvorsitzenden gewählt, neben ihr die stellvertretenden Vorsitzenden Cedric Jochum, Carsten Gelz und Sebastian Meiners. Um die Finanzen kümmern sich fortan Lea Schneider, Lukas Obermann und Giuseppe Lo Scudato. Für die Schriftführung wurden Marius Leber, Svenja Himbert und Laura Hans ins Amt gewählt.

Der Bereich „soziale Medien“ wird von den Beisitzer:innen Julia Becker und Silan Günes übernommen.

Insgesamt wurden 15 Beisitzer:innen in den Vorstand der JUNGEN GRUPPE Saar gewählt. Gemeinsam mit den Delegierten wurden elf Anträge verabschiedet, deren Inhalte der neue Landesjugendvorstand in seiner Amtszeit umsetzen möchte. Unter dem Motto „Polizeikommissar:in – was dann? Perspektive oder Sackgasse?“ setzte sich die JUNGE GRUPPE mit den aktuellen Herausforderungen junger Polizeibeamt:innen auseinander.

Insbesondere die junge Generation ambitionierter Polizist:innen steht vor der Fragestellung, welche Perspektiven die saarländische Vollzugspolizei in Zukunft bieten wird.

Die JUNGE GRUPPE beabsichtigt in diesem Zusammenhang, das Augenmerk auf den fort-

währenden Abbau des Personalkörpers innerhalb der saarländischen Vollzugspolizei bei stetig steigender Arbeitsbelastung sowie optimierungsbedürftiger Beförderungssituation zu legen. Darüber hinaus gibt es in den Bereichen der Digitalisierung polizeiliche Arbeitsprozesse, der Reform des Zulagenwesens sowie der Ausgestaltung einer zukunftsorientierten und organisierten Vereinbarkeit von Familie Beruf und Kinderbetreuung weitere Verbesserungspotenziale.

Der neue Landesjugendvorstand möchte sich auf diesem Wege bei Florian Irsch und dem ausscheidenden Vorstand für deren Arbeit in der vergangenen Legislaturperiode bedanken. Ein Dankeschön gilt außerdem den Delegierten, die uns ihr Vertrauen für die kommenden vier Jahre geschenkt haben.

Eure JUNGE GRUPPE

GdP-Frauengruppe – Umfrage zum Kinderbetreuungsbedarf

Das Saarland ist hinsichtlich des Angebots an Kinderbetreuung im Vergleich mit anderen Bundesländern negativer Spitzenreiter. Es fehlte im Jahr 2020 für 19,8 Prozent der Kinder unter drei Jahren ein öffentlich geförderter Betreuungsplatz. Diese Problematik betrifft leider auch Angehörige der saarländischen Vollzugspolizei, sodass nach dem Mutterschutz oder der Elternzeit für die Kinder unserer Kolleginnen und Kollegen oft kein ausreichender Krippenplatz vorhanden ist. Dies wirkt sich natürlich negativ auf die Dienstleistungszeit aus und bedeutet konkret für den Dienstherrn, dass die Elternzeit entweder verlängert oder die Dienstzeit verringert werden muss. Die Idee, Belegrechte an kommunalen, privaten und kirchlichen Einrichtungen im gesamten Saarland für unsere Kolleginnen und Kollegen zu erwerben, ist vor dem Hintergrund der aktuell vorherrschenden Personalnot aus unserer Sicht zwingend umzusetzen.

Natürlich liegt die Aufgabe, die Betreuung unserer Kinder sicherzustellen, grund-

sätzlich in der originären Zuständigkeit des Landes und der Kommunen. Jedoch zeigen die erhobenen Zahlen auf, dass es ein Ungleichgewicht zwischen Nachfrage und Bedarf an Krippenplätzen und Kindergartenplätzen gibt. Der Nutzen dieser Maßnahmen würde dem Bedarf der Eltern sowie dem Bedarf des Dienstherrn an der Dienstleistung seiner Beamtinnen und Beamten gleichermaßen entsprechen.

Eine erste Möglichkeit hin zu einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf könnte sich bereits bei dem Neubau der PI Saarbrücken-Stadt ergeben. Hinter dieser noch im Bau befindlichen Polizeiinspektion entstehen Wohnblöcke, von denen einer die von uns geforderte, behördeninterne 24/7-Kita beherbergen könnte. Durch mehrere, aktuelle Gespräche mit betroffenen Kolleginnen und Kollegen scheint die Idee einer behördeninternen

Kita im Stadtbereich, aber auch in allen anderen Regionen des Saarlandes wichtig und notwendig zu sein. Und schon die Möglichkeit der Nutzung eines solchen Betreuungsangebots, insbesondere einer 24/7-Kita, würde für unsere Kolleginnen und Kollegen eine ganz andere Planung ihrer Elternzeit zulassen.

Um unseren Ideen auch „Fleisch an die Knochen zu geben“, benötigen wir eure Unterstützung! Mit der Behördenleitung wurde vereinbart, dass wir als GdP eine Bedarfsabfrage bei unseren Mitgliedern durchführen, die aufgrund der Anzahl unserer aktiven Mitglieder repräsentativ ist. Wir zählen

auf eure Unterstützung, damit wir hier ordentlich Gas geben können! Bitte scannt den QR-Code dafür. Dieser QR-Code verlinkt auf die entsprechende von uns freigeschaltete Internetseite. Dort könnt ihr an der Umfrage teilnehmen!

Eure GdP-Frauengruppe





3. Ordentliche Landesfrauenkonferenz der GdP Saarland

Am 18. Januar 2022 fand die 3. Ordentliche Landesfrauenkonferenz unserer GdP als Hybrid-Veranstaltung in Kirkel statt. Nach Grußworten an die Delegierten von Ministerin Monika Bachmann, LPVP Natalie Grandjean, der stellv. Vorsitzenden des DGB Rheinland-Pfalz/Saarland Bettina Altesleben, unserer Bundesfrauenvorsitzenden Erika Krause-Schöne, der Vorsitzenden der GdP Rheinland-Pfalz Sabrina Kunz und unseres Landesvorsitzenden David Maaß wurde ein neuer Frauengruppenvorstand gewählt.

Als Vorsitzende der Frauengruppe wählten die Delegierten einstimmig unsere Kollegin Andrea Einert. Eva Blum, Silke Buchhold und Andrea Thiel wurden zudem ebenfalls einstimmig als stellv. Vorsitzende gewählt. Die Schriftführung übernimmt fortan Selina Flieger und Jordana Becker als ihre Stellvertreterin. Als Kassiererin wurde Birgitt Schick von den Delegierten einstimmig in ihrem Amt bestätigt. Ihre Vertretung wird Yasmin Schmidt übernehmen. Insgesamt wurden 22 Frauen in den neuen Vorstand gewählt. ■



Fotos: GdP Saar



Andrea Reinert

DP – Deutsche Polizei
Saarland

Geschäftsstelle
Kaiserstraße 258, 66133 Saarbrücken
Telefon (0681) 84124-10
Telefax (0681) 84124-15
www.gdp-saarland.de
gdp-saarland@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Jan Karsten Britz (V.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Saarland
Kaiserstraße 258, 66133 Saarbrücken
Telefon (0681) 84124-10
Telefax (0681) 84124-15
jan-karsten.britz@gdp.de

Redaktionsschluss
Redaktionsschluss für die Ausgabe
April 2022 ist der 10. März 2022.
Entsprechende Artikelwünsche bitte
an die Redaktion unter den bekannten
Erreichbarkeiten.



In Kooperation mit der
**Gewerkschaft
der Polizei
(GdP)**

Im Einsatz für alle, **die immer im Einsatz sind:** unsere Versicherungen.

Wer wie Sie jeden Tag unsere Gesellschaft schützt, verdient Respekt und den besten Schutz. Mit der PVAG, unserer Polizeiversicherung mit der GdP, bieten wir maßgeschneiderte Absicherung und Vorsorge sowie eine kompetente Rundum-Beratung.

Generalagentur Marc Nauhauser
Saarbrücker Straße 19, 66333 Völklingen
Telefon 06898 7952319
Mobil 0176 41522317
marc.nauhauser@signal-iduna.net

Bezirksdirektion Yannik Weber
Bahnhofstraße 5b, 66453 Gersheim
Telefon 06843 9026122
Mobil 0151 42454027
yannik.weber@signal-iduna.net

PVAG Die Polizeiversicherung der
GdP + SIGNAL IDUNA Gruppe

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen